



Frauen am Theater



"Ihr Interesse an Friederike Roths 'Ritt auf die Wartburg' äußern die Kritiker reichlich unverblümt. Aus ihrem Blickwinkel geraten die Frauen des Stücks zu Witzfiguren, die während der Reise auch noch das dümmste männliche Vorurteil über Frauen bestätigen dürfen. Zu ihrer Legitimation berufen sie sich auf die Autorin, deren Absicht es offenbar war, 'Kritik an einer unreifen, mit leeren Sprachhülsen auftrumpfenden statt mit aktiver Selbstanalyse überzeugenden Frauenbewegung' zu üben."
 (Aus Edith Wacks Analyse des Kritiker-Echos aus das 'Stück des Jahres 1983'; in TheaterZeitSchrift 9)



TheaterZeitSchrift widmet als erstes Fachperiodikum ein Schwerpunkt-Heft dem Thema 'Frauen am Theater'. Mit Beiträgen über die Arbeitsbedingungen von Frauen am Theater, über "vergessene" Dramatikerinnen, über den Stand der Diskussion über eine feministische Theaterästhetik, mit Berichten über die Inszenierungspraxis von Frauen. Und vielen anderen Aufsätzen. Auf 144 Seiten.

TheaterZeitSchrift: Wir liefern Diskurse über Theater. Viermal jährlich. "... eine Alternative zum schwatzhaften Feuilleton." (Einhart Klucke; in 'Eiserne Lerche')
TheaterZeitSchrift Heft 9: 'Frauen am Theater' - direkt bei TZS, Großbeerenstr. 13A, 1000 Berlin 61. Postkarte genügt (Versand gegen Rechnung). Preis: DM 8,-.

**THEATERZEITSCHRIFT
 LEIBNIZS ZEIT VERLEGE**

DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

806/86/2028

2/84
 Oktober

Das Merkmal eines schlechten Zeichners ist die Aussichtslosigkeit, daß eine Figur, die er in einem bestimmten Moment mit offenem Mund darstellt, diesen je wieder zumachen wird.
 (Karl Kraus)

Redaktion:
 Michael Ben, Peter Maiwald, Thomas Neumann
 Karl Anton Straße 16, 4000 Düsseldorf 1, 02 11/3 61 33 60

ronald m. schernikau: ein phänomen

der kapitalismus hatte nur eine Chance: so zu tun, als sei er keiner. er würde den leuten mit dem stundenlohn erzählen müssen, sie seien herren ihrer selbst.

das hat geklappt, herzlichen glückwunsch. in den köpfen wabert eine landschaft, die so vielfältig ist und erschütternd und freudig und normal wie eben ein zuhaus. die köpfe haben ein bild, das bild sieht aus wie die köpfe wollen, die wirklichkeit macht was sie will. shakespeare, siebenundvierzigstes sonett: der wunsch, er schläft, ist dann dein bild vor mir. das bild, mein herz, erfüllt den wunsch vor dir.

der trick ist, die grausamkeit der verhältnisse nicht nur zur grausamkeit des menschen zu machen; das wäre nicht neu. neu ist: es handelt sich jetzt um die nichtgrausamkeit der verhältnisse.

die grausamkeit der verhältnisse wird geschildert in den werken von bertolt brecht; mit erledigt wird der irrweg über die grausamkeit des menschen. bertolt brecht, den ich bewundere wie nur drei vier andere, ist in dem land, in dem ich lebe, in hunderttausenden von büchern verbreitet. irgend etwas scheint nicht zu funktionieren.

abgesehen davon, daß bertolt brecht über feuchte wohnungen, schüsse gegen streiks und körperliche arbeit schreibt und es das alles bekanntermaßen nicht mehr gibt; abgesehen davon, daß wir liebe nicht mehr als insel, nur noch als kaugummi empfinden (ist teurer, amerikanisch, klebt, schmeckt nicht lange); abgesehen davon auch, daß niemand ins theater geht, das theater schlecht ist und gedichte durch den vergleich mit dem, was in der gegenwart als gedichte ausgegeben wird, wertlos scheinen — das war ja immerhin immer so; abgesehen davon also weist bertolt brecht andauernd auf die realität. die realität aber gibt es nicht mehr.

es ist sinnlos geworden, auf eine beschreibung eine gegenbeschreibung zu liefern. es ist sinnlos geworden, von gesellschaftsgesetzen zu sprechen. das wort optimismus ist eine vokabel der schwachsinnigen geworden. möglicherweise glaubt der zehnjährige vor seinen elektronischen apparaten an seinen sieg: an eine zukunft glaubt er nicht.

ich habe neulich in einem gespräch das wort unterdrückung benutzt. hinterher nahm mich einer meiner freunde zur seite und sagte: weißt du, dieses wort, diese unterdrückung: das ist oldfashioned.

er hatte recht.

schon lange ist es außerhalb der ddr unmöglich geworden, das wort verantwortung zu benutzen. auf die welt hat die ddr das monopol.

in der tagesschau des kapitalistischen deutschland kommt an erster stelle — auch zeitlich gesehen — die propaganda. behauptungen, lügen, umstellungen zuerst. die aktuelle kamera des sozialistischen deutschland macht es umgekehrt: erst die informationen, dann die propaganda. eine freundin von mir sagt zu so etwas: süß naiv. — und allein die korrekte verwendung des konjunktivs in indirekter rede macht die bundesbürger lachen.

denn diese reihenfolge ist normal; normal ist ein begriff der statistik und besagt, daß der gegenstand am häufigsten vorkommt. am häufigsten in diesem land ist die lüge. alles, was darauf hindeuten könnte, irgendetwas sei wahr, ist lächerlich.

es gibt keine wahrheit, wer kann schon alles wissen, informationsüberfluß, ich bin wer anders als du. alles, was darauf hindeuten könnte, irgendetwas sei nicht so, wie es sein könnte, ist nicht vorstellbar. alles, was darauf hindeuten könnte, irgendetwas könnte anders sein, kommt nicht vor. es wird nicht abgelehnt oder weggeschoben oder schlecht gemacht. es kommt nicht vor.

die nächsten zehn jahre werden auch den menschen in mitteleuropa bisher unvorstellbare härten bringen: soziale, politische härten, härten in ihrer arbeit. und auch in zehn jahren wird der arbeitslose sagen: es ist gut. (...)

Franziska Wiethold

Werden die Gräben wieder zugeschüttet?

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche

Selten sind vor oder während eines Arbeitskampfes so häufig Sieg oder Niederlage prophezeit worden; und selten war man sich hinterher so unschlüssig, wer eigentlich gewonnen hat. Der Widerspruch erklärt sich: Das Ergebnis ist mager — und trotzdem sind die Gewerkschaften stärker geworden.

Das Ergebnis: Ab 1985 wird bei der IG Metall und IG Druck und Papier die Arbeitszeit um 1 1/2 Stunde pro Woche verkürzt. Selbst wenn man unterstellt, daß diese Verkürzung im Beschäftigungseffekt voll wirksam wird, reicht sie nicht einmal aus, um die steigende Arbeitsproduktivität eines Jahres auszugleichen. Der Abbau der Arbeitsplätze wird etwas gebremst — mehr nicht.

Für den Abschied von der 40-Stunden-Woche hat die IG Metall zudem schlucken müssen, daß die Arbeitszeit flexibilisiert und in Betriebsvereinbarungen unterschiedlich zwischen 37 und 40 Stunden festgelegt werden kann; nur im Betriebsdurchschnitt müssen 38,5 Stunden gearbeitet werden.

Das bisherige Gestaltungsmonopol des Tarifvertrages — die Festlegung der Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte — ist also zugunsten von Betriebsvereinbarungen aufgegeben worden, die im Vergleich zum Tarifvertrag wesentliche Schwächen haben. Betriebsräte sind schon durch das Betriebsverfassungsgesetz sehr viel enger an den einzelnen Betrieb und seine Konkurrenzsituation gebunden. Die Gefahr betriebssyndikalistischer oder sozialpartnerschaftlicher Einflüsse bis hin zu undurchschaubaren Mauscheleien ist hier größer als bei einem Tarifvertrag. Die in allen Gewerkschaften bestehende Tendenz zur Betriebsrätegewerkschaft könnte sich verstärken. Schließlich schreibt das Betriebsverfassungsgesetz bei allen Konflikten um den Inhalt von Betriebsvereinbarungen Wege der Regulierung und des Interessenausgleichs vor, die offensive Auseinandersetzungen behindern.

Allerdings ist fraglich, ob das Kapital die Flexibilisierungsmöglichkeiten so nutzen kann, daß jeglicher Beschäftigungseffekt unterlaufen wird. Denn zumindest der neue IG Metall Manteltarifvertrag für Nordbaden-Nordwürttemberg ist so formuliert, daß die Betriebsräte die zunächst eingeräumten Flexibilisierungsspielräume im zweiten Schritt durch Kontrollmöglichkeiten und Korsettstangen so einengen können, daß sie für das Kapital wieder fast uninteressant werden. Diese Widersprüche sind Begleitscheinungen eines mühseligen Kompromisses, in dem beide Seiten am Schluß unter Einigungszwang standen und sich deshalb gegenseitig auch Fußangeln einbauen konnten.

Die Unternehmen werden zunächst beim Gros der Beschäftigten die Finger von Flexibilisierungsmöglichkeiten lassen. Sie werden wahrscheinlich in Teilbereichen außerhalb der klassischen Produktion (die von Betriebsräten z. T. auch zu wenig beachtet werden) beginnen, unterschiedliche, even-

ell auch schwankende Arbeitszeiten zu erproben: z. B. 40-Stunden-Woche für qualifizierte Beschäftigte wie Ingenieure, bei denen Neueinstellungen vermieden werden sollen; und dafür 37 Stunden bei billigeren Beschäftigten, bei denen es von der Arbeitsorganisation her geht (z.B. Kantine, Schreibkräfte). Die vorübergehend höheren Lohnkosten (die Beschäftigten mit 37 Stunden bekommen zunächst ihr bisheriges Monatseinkommen weiter, als ob sie 38,5 Stunden arbeiteten) wären verkraftbar.

Nur wie lange hält das an? Wieviele Betriebsräte werden wirklich regelmäßig die Einhaltung des Betriebsdurchschnitts von 38,5 Stunden und den Ausgleich im 2-Monatsrhythmus bei ungleich verteilter Arbeitszeit kontrollieren? Wieviele Betriebsräte, gerade außerhalb der Streikbezirke, werden vielleicht sogar die von der IG Metall eingebauten Fußangeln »übersehen«, weil sie den »betriebswirtschaftlichen Sachzwang« zur Flexibilisierung schon selber internalisiert haben? Wann gewöhnen sich Betriebsräte und Gewerkschaften an die ersten »kleinen« Versuche und finden sie gar nicht so schlimm? Die Unternehmer werden es dann bei den nächsten Tarifverhandlungen Ende 1986 leichter haben, weitergehende Flexibilisierungsmöglichkeiten durchzusetzen.

Schon der im Sommer abgeschlossene VW-Tarifvertrag geht einen Schritt weiter: Alle Beschäftigten arbeiten zwar 38,5 Stunden, aber die neun Freischichten können unregelmäßig über das ganze Jahr verteilt werden. VW kann also saisonale Schwankungen auffangen und damit evtl. Arbeitsplätze einsparen.

Die IG Druck und Papier konnte in ihrem Manteltarifvertrag die Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden für alle Beschäftigten festschreiben. Das kostete sie eine Woche länger Streik, aber das war es ihr auch wert. Flexibilisierungsmöglichkeiten gibt es allerdings auch. Die 38,5 Stunden können durch Schichtpläne für einen Zeitraum bis zu einem Halbjahr unterschiedlich verteilt werden. Diese Möglichkeit bestand allerdings schon immer und wurde vor allem in Bereichen mit starken regelmäßig wiederkehrenden Schwankungen (Druck von Monatszeitschriften, Katalogen usw.) genutzt. Trotzdem: Für die kommenden Tarifaufinandersetzungen ist wichtig, daß nicht nur der Leber-Kompromiß, sondern auch der DruPa-Kompromiß existiert. Denn es folgen jetzt vor allem die großen Dienstleistungs- und Verwaltungsbereiche (Öffentlicher Dienst, Einzelhandel usw.), für die eine Flexibilisierung à la Leber wesentlich gefährlicher wäre.

Als zweite Kröte schluckten beide Gewerkschaften, daß 1984 und 1985 durch niedrige Nominalerhöhungen die Realeinkommen noch einmal gesenkt werden. Es konnte noch nicht einmal der Verteilungsspielraum ausgenutzt werden, durch den Arbeitszeitverkürzung und Einkommenssicherung lohnkostenneutral hätten finanziert werden können: Nutzung der Preissteigerungsrate für die Erhöhung der Monatseinkommen und Nutzung der Arbeitsproduktivität für die Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung. Der volkswirtschaftliche Anteil der Lohnquote wird also weiter sinken. Und die abhängig Beschäftigten müssen eine magere Arbeitszeitverkürzung mit nochmaligem Einkommensverlust bezahlen.

Die 35-Stunden-Woche im Bewußtsein der Mitglieder

Als die IG Metall und die IG Druck und Papier die Verhandlungen begannen, war die Skepsis in vielen Betrieben noch groß.

Die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich hielten viele für nicht durchsetzbar, weil zu teuer. Und diese Skepsis stützten sie auf ihre Erfahrungen mit den Tarifrunden der letzten Jahre. Schließlich hatten die Tarifierhöhungen noch nicht mal die Preissteigerungen der letzten Jahre ausgeglichen. Woher also jetzt plötzlich die Kraft nehmen? Ähnlich wurde der Arbeitsplatzeffekt der 35-Stunden-Woche beurteilt. Die Befürchtung, daß man dann noch schneller arbeiten müsse, beruhte auch nicht nur auf Bildzeitungs-Argumenten. Schließlich hatten Gewerkschaften und Betriebsräte in den letzten Jahren die massive Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung und Steigerung der Arbeitsintensität nicht verhindern können; wieso sollten sie jetzt glaubhaft machen können, daß sie die Unternehmer zu Neueinstellungen zwingen könnten?

Alles in allem war die Ansicht verbreitet: »Die Forderung nach 35 Stunden ist gut gemeint. Aber wir sind zu schwach, die Unternehmer zu stark.«

Hinter dieser Skepsis steckte weder eine originäre Ablehnung der 35-Stunden-Woche (wozu die Unternehmer sie machen wollten), noch allein die Manipulation durch öffentliche Propaganda (womit Gewerkschaften sich häufig herausredeten); sie beruhte wesentlich auf handfesten negativen Erfahrungen der letzten Jahre im Umgang mit den Beschäftigteninteressen, die weiter fortgeschrieben wurden. Schließlich haben Gewerkschaften und Betriebsräte z.T. hilflos und widersprüchlich auf die Krisenfolgen der letzten Jahre reagiert, dem Lohnabbau und der Arbeitsplatzvernichtung wenig entgegengesetzt. Den markigen Drohungen »Wir nehmen nicht länger hin...« folgte häufig wenig oder bestenfalls der Kampf um einen Sozialplan. Und diese Erfahrungen sind schwer zu widerlegen durch Diskussionen im Stil: »Wenn wir unsere Forderung durchsetzen, dann...«. Ja »wenn«..., damit hatten viele ihre Probleme. Auch die sehr friedlichen Tarifrunden der letzten Jahre hatten eher demobilisiert. Angeblich habe man »das Pulver trocken halten müssen und die Kriegskasse nicht vorher plündern dürfen«. Aber Kampfkraft läßt sich nicht wie Geld ansparen; um im Bild zu bleiben: »Das Schwert wird rostig, das man nicht benutzt.«

Natürlich spielte das Argument »Kosten-Weltmarktkonkurrenz-Arbeitsplatzgefährdung«, vor allem in exportabhängigen Branchen der Metallindustrie eine Rolle. Aber auch die Wirkung dieses Arguments ist u.a. Ergebnis gewerkschaftlicher Politik. Schließlich beruht die ökonomisch besondere Situation der BRD auch auf ihren dauerhaft hohen Exportüberschüssen — also der Aneignung von Monopolprofiten aus anderen Ländern und dem partiellen Abwälzen des Widerspruchs zwischen expandierender Produktion und begrenzter Nachfrage auf andere Länder. Diese besondere Situation hat es den Gewerkschaften leichter gemacht, Verbesserungen für die abhängig Beschäftigten durchzusetzen. Sie haben diese Metropolensituation auch immer zu schätzen gewußt. Kein Zufall also, daß jede nur behauptete Bedrohung der Konkurrenzfähigkeit bei Beschäftigten Unruhe und bei Funktionären einen Rechtfertigungszwang im Stil »Die deutschen Arbeitnehmer sind gar nicht teuer, die Lohnstückko-

sten bei anderen sind stärker gestiegen.« auslöst. Was — gewollt oder nicht — bestätigt, wie wichtig für das Wohl und Wehe der Beschäftigten doch die »Konkurrenzfähigkeit« ist — spricht die Profitsituation des deutschen Kapitals.

Was hätten die Gewerkschaften mit der 35-Stunden-Woche gemacht, wenn es schlechter um die Kapitalprofite bestellt gewesen wäre? Sie konnten diesem Problem ausweichen und mit Leichtigkeit nachweisen, daß die Forderung die Vorrangstellung nicht gefährde, daß die Unternehmen aufgrund ihrer Gewinnsituation die 35-Stunden-Woche leicht bezahlen könnten. Aber diese Gewinne waren ja auf Kosten der abhängig Beschäftigten und ihres Lebensstandards erhöht worden. Und es hatte deshalb einen fatalen Beigeschmack, wenn stolz verkündet wurde, daß es den Unternehmen nun wieder so gut ginge, daß sie die 35-Stunden-Woche finanzieren könnten; als ob man nun für die »Opferbereitschaft« der letzten Jahre — nämlich der »maßvollen Tarifpolitik« — belohnt werden wollte statt zuzugeben, daß das mühsam wieder zu erkämpfen ist, was man sich davor hat abnehmen lassen.

Insgesamt zeigen diese Schwierigkeiten bei der Mobilisierung, mit welcher Vorgeschichte die Gewerkschaften in diese Auseinandersetzung gingen: Die Jahrzehnte der Hochkonjunktur und der überwiegend kampflos durchgesetzten Verbesserungen hatten bei fast einer ganzen Generation die Illusion eines krisenfreien bzw. steuerbaren Kapitalismus geweckt, der durch Gewerkschaften sozial verträglich gemacht werden kann. Auf die folgenden Jahre der Dauerkrise und Massenarbeitslosigkeit reagierten die Gewerkschaften zunächst hilflos und widersprüchlich — einerseits erbitert, wie schnell Unternehmer und Regierung die »Errungenschaften der letzten Jahrzehnte« wieder kassierten, den Kapitalismus ziemlich unverträglich machten und auch »maßvolle« Gewerkschaftsvorschläge nicht sonderlich ernst nahmen; andererseits immer noch voller Hoffnung, doch noch einen gemeinsamen Ausweg aus der Krise zu finden und damit der harten Konfrontation entgehen zu können.

Es gab aber auch eine andere Gruppierung in den Gewerkschaften, die schon seit Jahren versuchte, endlich einen konsequenten Kampf gegen das Kapital und die staatliche Wirtschaftspolitik aufzunehmen und damit auch die Beschäftigten aus ihrer Resignation und Vereinzelung herauszuholen. Für sie bekam die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine fast symbolische Bedeutung, wurde als Forderung mit antikapitalistischen Zielen fast überfrachtet und streckenweise zum »Jahrhundertkampf« hochstilisiert. Aus manchen Appellen — »letzte historische Chance...« — sprach der Mut der Verzweiflung. Aber das war verständlich. Denn um den Teufelskreis von Zurückstecken, Resignation, geringer werdender Kampfkraft, Zurückstecken zu durchbrechen, bedarf es mehr als nur kühler Einsicht, sondern auch einer großen Hoffnung, die sich an einem gemeinsamen Ziel konkretisieren kann.

Es dauerte lange, bis sich diese Gruppierung durchsetzte und die IGM (bei der DruPa war die Entscheidung schon lange gefallen) sich auf die Schwerpunktforderung nach 35 Stunden und damit eindeutig gegen das Kapital festlegte. Und es dauerte noch einmal, bis die IGM begann, auch den Arbeitskampf ernsthaft vorzubereiten. Kein Wunder also, daß viele

Mitglieder bei diesem Hin und Her die Durchsetzungskraft ihrer Gewerkschaft skeptisch beurteilten.

Aber als die Gewerkschaften endlich mit dem Arbeitskampf ernst machten, entwickelte sich Kampfkraft. Das klingt nur scheinbar tautologisch; es zeigt den Doppelcharakter von Skepsis und Resignation, hinter der sich immer auch Hoffnung verbirgt, die durch Enttäuschungen und Alternativlosigkeit überlagert ist. Nun bot sich eine Alternative zu der bisherigen Vereinzelung und Machtlosigkeit; die Einschätzung, daß die Gewerkschaften sich nicht trauen, wurde widerlegt. Es gab scheinbar schizophrene Situationen, in denen Beschäftigte, die nach wie vor skeptisch waren, trotzdem die Tarifaueinandersetzungen voll unterstützten: für sie war dieser Tarifkampf der Ansatzpunkt, endlich aus dem Prozeß des Zurücksteckens, der Vereinzelung und Angst herauszukommen.

Nach bisherigen Einschätzungen ist der Tarifaufschluß zwar mit Kritik — wie auch die Urabstimmungsergebnisse zeigen — aber nicht mit dem Gefühl einer Niederlage aufgenommen worden. Viele Arbeiter und Angestellte hatten, gerade nachdem die Unternehmer das Tabu der Wochenarbeitszeitverkürzung so hoch gespielt hatten, sich und ihren Gewerkschaften nicht zugetraut, daß sie überhaupt eine Wochenarbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich durchsetzen und einen Arbeitskampf so lange durchhalten würden. So sind viele Hoffnungen Realität geworden, viele pessimistische Einschätzungen sind widerlegt.

Wie lange hält diese Erfahrung? Niemand sollte auf eine Automatik nach dem Motto »nichts wird mehr so wie vorher« hoffen. Denn die Lernprozesse aus Arbeitskämpfen sind nicht immer dauerhaft. Die neuen Streikerfahrungen können bald wieder von der alten Realität überlagert werden, wenn sich im Betrieb nichts ändert, wenn hier wieder die alten Erfahrungen der Kapitalmacht, des Arbeitsplatzabbaus, der täglichen kleinen Schikanen dominieren, die alten Rituale der Konfliktregulierung wieder aufgenommen werden.

Es muß sich noch erweisen, ob der Arbeitskampf wirklich ein Schritt zur Wende gewerkschaftlicher Politik war oder ein Kraftakt, dem wenig folgt, weil man im Nachhinein Angst vor der eigenen Courage und der sich entwickelnden Eigendynamik bekommen hat.

Das wird sich nicht vorrangig in den Gewerkschaftsspitzen, sondern eher in der alltäglichen Politik in den Betrieben entscheiden; z. B. an der Frage, wieviele Sonderschichten jetzt gemacht werden, um die ökonomischen Folgen des Streiks »aufholen« zu können; wie die Flexibilisierungsregelungen umgesetzt werden; wie man mit dem Unternehmer umgeht, der die Belegschaft »kalt« oder »heiß« ausgesperrt hat. Wenn wieder Ruhe einkehren sollte, werden über kurz oder lang doch viele ernüchert die Rechnung aufmachen: Ein langer und harter Streik und dafür 1 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung und Reallohnabbau — hat sich das gelohnt?

Die Kapitalstrategie

Häufig war während und nach dem Streik zu lesen, das Kapital hätte in geschlossener Front die Gewerkschaften zerschlagen und handlungsunfähig

hig machen wollen.

So einfach war es nicht. Weder war sich das Unternehmerlager so einig; noch wollte die Mehrheit die Gewerkschaften zerschlagen. Eher wollten sie sie einbinden in eine rechte, korporative Politik, also als Integrationsinstrument zur Kanalisierung sozialer Konflikte benutzen. Und dafür taugen geschlagene Gewerkschaften nicht. Warum waren z. B. Arbeitgeberverbände ohne jeden Arbeitskampf bereit, mit mehreren Gewerkschaften zusätzlich zu einer Lohnerhöhung von 3,3% Vorruhestandsregelungen abzuschließen, die in wesentlichen Punkten besser als die gesetzlichen Mindestregelungen sind? Warum bekam die IG Chemie eine Tariferhöhung von 4%? Und warum versuchte Gesamtmetall von Anfang an, die IG Metall mit einer Vorruhestandsregelung zu ködern?

Die herrschende Ideologie im deutschen Kapitalismus fußte im Gegensatz zu USA und England nie sehr stark auf dem Manchesterkapitalismus (»vernünftig ist, wenn der Stärkere sich durchsetzt«); sie stützte sich eher auf ein patriarchalisches Weltbild, in dem es zwar Starke und Schwache gibt, aber Staat und Unternehmer sich auch um die Schwachen kümmern; und in dem Gemeinwohl weniger durch sozialdarwinistischen Kampf, also Unterdrückung und offene Macht, sondern eher durch Opferbereitschaft und freiwillige Unterordnung unter das große gemeinsame Ziel durchgesetzt wird. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse sich eigene Organisationen schuf, standen Kapital und Regierung natürlich immer wieder vor der Alternative »zerschlagen oder durch Einbindung befrieden«. Dieses Problem wurde in den einzelnen historischen Phasen sehr unterschiedlich gelöst. In der BRD gelang es aber — auch aufgrund der Hochkonjunktursituation — weitgehend, die Gewerkschaften in Form einer korporativen Zusammenarbeit einzubinden. Der Vorteil dieser Politik: größere Berechenbarkeit im Umgang mit Beschäftigten und Interessenvertretern; Kanalisierung betrieblicher Konflikte; höhere Arbeitsproduktivität, soweit auch die Beschäftigten sich mit diesem Staat, dieser Wirtschaftsordnung, »ihrem« Unternehmen identifizieren, da Identifikation mit der Arbeit meist bessere Ergebnisse bringt als Druck und Peitsche. Nicht von ungefähr reden weitblickendere Unternehmer vom Produktionsfaktor »Betriebsfrieden«.

Nur: diese Identifikation und Einbindung muß eine materielle Basis haben; Opferbereitschaft und Unterordnung müssen sich lohnen; Aufstiegs Hoffnungen z. B. können nur erhalten bleiben, wenn es ab und zu mal einer schafft. In den Jahren der Hochkonjunktur war das kein Problem; in den ersten Jahren der Krise nach 1975 konnte noch an die Opferbereitschaft und die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung »weltwirtschaftlicher Verwerfungen« appelliert werden.

Diese Ideologie der Einbindung wurde brüchig, als die versprochenen Arbeitsplätze ausblieben und die Unternehmer — die Gunst der Arbeitslosigkeit nutzend — in den Betrieben rabiat Freiräume strichen und damit Sozialpartnerschaftsillusionen zerstörten. Es wechseln Angst und Konkurrenzdruck mit kleinen Rebellionen und rückläufiger Arbeitsbereitschaft. Noch ist es ruhig in den Betrieben, aber eher mangels Alternative und Kampfperspektive als durch Identifikation.

In dem Maße, wie die Forderung nach der 35-Stunden-Woche eine solche Kampfperspektive bot, mußte das Kapital etwas dagegensetzen, um die Be-

triebsräte und Gewerkschaften auf einen »gemeinsamen Weg« festzulegen und die zunehmende Unruhe und Konfliktbereitschaft zu kanalisieren. Ihr Angebot: Vorruhestandsregelung und Flexibilisierung.

Mit der Vorruhestandsregelung soll die durch Arbeitsplatzvernichtung entstehende Arbeitslosigkeit gemildert und sozial abgefedert werden. Der Vorteil für die Unternehmen: Die Beschäftigungswirkung ist wesentlich geringer als bei der 35-Stunden-Woche, aber auf den ersten Anschein einsichtiger: »die Älteren machen den Jüngeren Platz«. Die Vorruhestandsregelung ist billiger, da Lohn- und Gehaltskosten sich die Bundesanstalt für Arbeit, der betroffene Arbeiter oder Angestellte und der Unternehmer teilen. In dieser Kostenaufteilung manifestiert sich auch die entsprechende Ideologie: Arbeitslosigkeit als gemeinsames, von allen oder niemandem verursachtes Problem, das durch gemeinsame Opferbereitschaft beseitigt werden muß. Schließlich lassen solche Lösungen in der betrieblichen Arbeitsorganisation alles unverändert; die Betriebe entledigen sich sogar noch glatter als bisher des Problems, daß ältere Beschäftigte der steigenden Arbeitshetze immer weniger gewachsen sind. Die Arbeitshetze findet ihr Ventil in der Hoffnung, früher als jetzt in Rente gehen zu können.

Das für die Gewerkschaften Verführerische an dem Konzept war zusätzlich, daß Kapital und Regierung es »frei Haus« anboten. Man konnte einem Konflikt aus dem Wege gehen. Doch: je konkreter und pragmatischer die Vorteile der Vorruhestandsregelung geprüft wurden, desto mehr lösten sie sich in Luft auf. Vor allem in großen Industriebetrieben war sie in Form der sog. 59er Regelung schon längst ausgereizt; es gab kaum noch Beschäftigte über 58 Jahren. Ähnlich war es mit dem Vorschlag, Vollzeitbeitsplätze in Teilzeit umzuwandeln, also die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verkürzen. Nur eine Minderheit der Beschäftigten kann sich das leisten. Und viele Unternehmen sind von ihrer Arbeitsorganisation her dazu auch gar nicht bereit.

Die große Alternative zur 35-Stunden-Woche boten also beide Konzepte nicht — zumindest nicht für diejenigen Gewerkschaften, die an dem Anspruch festhielten, Arbeitslosigkeit wirksam und ohne zusätzliche Einkommenseinbußen zu bekämpfen. Eine für das Kapital ungefährliche und billige, aber trotzdem attraktiv erscheinende Strategie gegen Arbeitslosigkeit gibt es halt nicht so häufig.

Nachdem IGM und andere Gewerkschaften sich auf den Schwerpunkt der 35-Stunden-Woche festgelegt hatten, standen die Unternehmensverbände vor der schwierigen Frage, wie zu reagieren sei;

Die Peitsche gegen die Gewerkschaften zu schwingen, konnte riskant sein; denn damit kündigte man den sozialen Frieden und setzte evtl. eine Radikalisierung in Gang, die den gewerkschaftlichen Gruppierungen Recht gibt, die schon länger eine harte Gangart gegen das Kapital forderten. Im übrigen hatten große Unternehmen schon längst durchgerechnet, wie man die Wochenarbeitszeitverkürzung durch Mini-Einstieg und Lohnverzicht möglichst billig machen und zusätzlich zu einem Tauschgeschäft gegen tarifliche Flexibilisierungsmöglichkeiten nutzen könne, die den betrieblichen Machtspielraum auf Kosten kollektiver Regelungen vergrößern helfen.

Aber so unvorbelastet ließ sich die Rechnung nicht mehr aufmachen. Denn die Verkürzung der Wochenarbeitszeit war für beide Seiten weit über

ihre ökonomische Bedeutung hinaus zum Symbol geworden; die Gewerkschaften hatten sich mit dieser Forderung explizit gegen das Kapital, gegen eine weiterhin korporative Politik unter seiner Führung entschieden; und alleine diesen Fakt zu akzeptieren, hieße, den Gewerkschaften nachzugeben und diese Loslösung von den Kapitalinteressen straflos durchgehen zu lassen.

Eine sonderbare Situation; und nur sie erklärt, warum die gleichen Unternehmen, die schon profitable Konzepte für eine flexible kürzere Wochenarbeitszeit erarbeitet hatten (z. B. BMW, VW), in der Tarifaueinandersetzung die Peitsche schwingen.

Letztlich legten sich die Unternehmerverbände auf die Linie fest, IGM und DruPa auf den Kurs der »vernünftigen Vorruhestandsgewerkschaften« zu zwingen, wobei sie davon ausgingen, daß die beiden Gewerkschaften in einem langen und massiven Arbeitskampf mangels Mitgliederunterstützung und mangels ausreichender Unterstützung durch DGB und andere Gewerkschaften nicht lange durchhalten könnten. Und diesen Druck gedachten die Unternehmer bei der IGM noch zu verschärfen, indem sie im Gegensatz zu früheren Streiks die Läger vorher räumten, damit bewußt und sofort den Produktionsausfall in den Schwerpunktstreikbetrieben auf vor- und nachgelagerte Betriebe ausdehnten und die betroffenen Beschäftigten kalt aussperrten. Dieser Schritt — gekoppelt mit dem »Franke-Erlaß« (der Weigerung der Bundesanstalt für Arbeit, an die kalt Ausgesperrten Geld zu zahlen) — setzte die IGM in der Tat erheblich unter Druck.

Die Gesamtstrategie war teuer und riskant; und sie ist nicht aufgegangen: Zunächst unterschätzten die Unternehmer die Mobilisierung, die gerade durch den Arbeitskampf und durch die harte Konfrontation entstand. Sie unterschätzten auch die Solidarisierungsprozesse im DGB und zwischen den Gewerkschaften. Ein DGB kann es sich nicht leisten, daß seine größte Gewerkschaft so vorgeführt werden soll. Die massiven Angriffe der Unternehmer und die allzu offenen Spaltungsversuche in »vernünftige und unvernünftige« Gewerkschaften zwangen quasi alle Gewerkschaften in eine Solidarität, vor allem vor Ort, wo die ideologischen Differenzen zwischen Vorruhestand und 35-Stunden-Woche häufig gar nicht so deutlich waren.

Etwas schlechtes Gewissen mag bei dieser für den DGB trotz aller Unzulänglichkeiten und Halbherzigkeiten ungewöhnlichen Solidarisierung eine Rolle gespielt haben. Vielen Funktionären aus den »Vorruhestandsgewerkschaften« war natürlich klar, warum sie so schnell und kampfflos ihre Tarifabschlüsse bekamen: gerade weil IGM und DruPa einen massiven Arbeitskampf führten, in dessen Zusammenhang die anderen Gewerkschaften als Köder benutzt wurden.

Der zweite Schachzug der Unternehmer — die völlig ungenierte, offene Zusammenarbeit mit der Bundesregierung vor allem in Bezug auf den Franke-Erlaß — ist ebenfalls letztlich gescheitert. Die Ausnutzung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz und seiner Ausführungsbestimmungen war zu grobschlächtig, bzw. die Sozialgerichte waren noch zu wenig an die Kandare genommen, so daß diese Strategie schon an den gegenläufigen Urteilen der Landessozialgerichte Hessen und Bremen scheiterte. Damit schwang die Stimmung um: Nicht nur, daß die kalt Ausgesperrten finanziell wieder abgesichert waren — das Ganze bekam jetzt auch in der Öffentlichkeit den Beigeschmack von Rechtsbeugung und übler Kumpanei zwi-

schen Unternehmern und Regierung. Sie hatten einen sehr empfindlichen Punkt im Bewußtsein der Beschäftigten und in der politischen Grundauffassung der Gewerkschaften verletzt — das Vertrauen auf die prinzipielle Neutralität des Staates in Tarifaueinandersetzungen und seine Rechtsstaatlichkeit.

Diese Staatsauffassung — »dieser Staat ist unser Staat« — hat eine lange deutsche Tradition auch in der Arbeiterbewegung; deshalb war es wirkungsvoll, die Regierung als scheinbar neutrale Instanz, als Vertreterin des Gemeinwohls gegen die 35-Stunden-Woche einzusetzen. Aber der Franke-Erlaß spätestens — Lehrstück in Sachen »Stamokap« — überstrapazierte das Verständnis von neutralem Staat und neutraler Bundesanstalt für Arbeit. Sozialstaatsillusionen zu erhalten, setzt voraus, daß nicht die gesamte ökonomisch-politische Macht offen ausgespielt wird, also noch Raum für Illusionen bleibt. Helmut Schmidt, Franz-Josef Strauß und Josef Stiglitz hätten das besser gekonnt.

Nachdem die Kapitalstrategie in wesentlichen Punkten gescheitert war, standen die Unternehmerverbände vor der Alternative »Nachgeben beim Tabu der 40-Stunden-Woche oder massive Front gegen den gesamten DGB machen«. Dabei mußten sie einkalkulieren, daß der DGB nicht mehr drumherumkäme, zu bundesweiten Solidaritätsstreiks aufzurufen. Es begann mit der Phase des geordneten Mini-Rückzugs — keine Ausweitung der Aussperrung trotz mehrfacher Ankündigung — und endete bei der Leber-Schlichtung; woraufhin der DGB die Planung für Solidaritätsstreiks außerhalb der IGM-Streikbezirke auch brav zurückzog.

Der Abschluß, der dann durch den Leber-Kompromiß herauskam, ähnelt in der Struktur dem, was diejenigen Unternehmer (Sprachrohr Handelsblatt) von vornherein einkalkuliert hatten, die einen harten Konflikt wegen der damit verbundenen Mobilisierungs- und Radikalisierungsgefahren vermeiden wollten. Aber auch sie haben verloren. Denn der Sinn dieser »weichen« Strategie war ja gerade, die Gewerkschaften von einem Arbeitskampf abzuhalten und damit wieder stärker an die Kapitaleseite anzubinden. Außerdem hätten die Unternehmer mit großer Wahrscheinlichkeit ohne Arbeitskampf weitergehende Flexibilisierungsmöglichkeiten bekommen, da die Gewerkschaften vor dem Arbeitskampf ihre eigene Kraft skeptischer einschätzten. Nun mußten sie einen Tarifvertrag mit ziemlich uneffektiven Flexibilisierungsmöglichkeiten abschließen, der zudem Ergebnis eines harten und sich politisierenden Arbeitskampfes war und damit Beweis gewerkschaftlicher Stärke.

Bilanz

Wäre beim Abschluß mehr drin gewesen, wie man gewöhnlich fragt? Mit Sicherheit ja, wenn die IG Metall in den letzten Jahren mehr mobilisiert hätte, wenn die Beschäftigten also mit weniger Skepsis gegenüber ihrer Kampfkraft die Tarifrunde begonnen hätten; wenn die IG Metall sich auf eine flexible Streiktaktik eingestellt hätte, die — ähnlich wie bei der IG Druck und Papier — einerseits einen längeren Arbeitskampf und eine stärkere Einbeziehung von Betrieben über zwei Bezirke hinaus möglich ge-

macht und andererseits den Unternehmern eine einheitliche Gegenstrategie schwerer gemacht hätte; wenn der DGB konsequenter gewesen und im gesamten Bundesgebiet einheitlich zu Solidaritätsstreiks aufgerufen hätte; wenn die IG Metall nicht zu Beginn der Tarifrunde noch so lange (u. a. auch durch die Spitzengespräche) ihre Hoffnung auf eine friedliche Lösung und Kompromißbereitschaft gezeigt und damit nicht noch Zweifel an der Kampfnotwendigkeit oder Skepsis über ihre Kampfbereitschaft bestärkt hätte; wenn...

Ja, wenn die IG Metall und der DGB in ihren politischen Mehrheiten nicht so wären, wie sie es nach ihrer 35-jährigen Nachkriegsgeschichte sind.

Daß die Gewerkschaften — mit Ausnahme der IG Druck und Papier, die sich realistisch auf die Auseinandersetzungen vorbereitet hatte — streckenweise Angst vor ihrer eigenen Courage hatten und lange noch auf den rettenden Ausweg hofften, kennzeichnet den Widerspruch, in dem sie sich augenblicklich befinden: Die Erschütterung alter politischer Orientierungen, die Suche nach einer neuen Orientierung, aber gleichzeitig die Hoffnung, doch wieder auf den alten friedlichen Weg zurückkehren zu können.

Dieser Tarifkampf war ein Schritt über die bisherige Gewerkschaftspolitik hinaus; es war der erste offensive Kampf gegen Unternehmer und Regierung in den 80er Jahren. Markiert er eine Wende?

Das bleibt abzuwarten. Es hängt davon ab, wie stabil die gesammelten Erfahrungen sind, wie Lernprozesse weitergeführt werden. Es hängt wesentlich auch davon ab, was Unternehmer und Regierung daraus gelernt haben. Und hier sind erste Korrekturen sichtbar. Den Gewerkschaften wird seltener als vorher die Schuld am Konjunkturabschwung in die Schuhe geschoben — eher wird betont, wie eifrig man gemeinsam in Sonderschichten daran arbeite, die Streikfolgen wieder auszubügeln. Viele Unternehmen haben sich nach Streik-Ende an die Beschäftigten gewandt, Tenor: »Aufeinander zugehen, Gräben zuschütten.« Alle loben die Tarifabschlüsse. Helmut Kohl hat auf dem Chemie-Gewerkschaftstag seine Äußerungen zur 35-Stunden-Woche als unglücklich bezeichnet. Und Günter Döding publiziert den Vorschlag, doch an die Tradition der gemeinsamen Kamingsgespräche von Helmut Schmidt anzuknüpfen, bei denen Arbeitgeber, Regierung und Gewerkschaften sich außerhalb offiziellen Drucks austauschen und näherkommen könnten. Die Regierung hat lauthals, der DGB etwas verhalten zugestimmt.

Wird es wieder ruhig?

Thesen über Macintosh

1

Wer einen Menschen des anderen Geschlechts zu gewinnen wünscht (früher nannte man das »Werbung«), der stellt — je nachdem, was er hat — seine körperlichen, geistigen oder finanziellen Qualitäten zur Schau. All das ist ein bißchen plump; ein feineres Gemüt könnte sich abgestoßen fühlen wie von einer Attacke. Darum unterlaufen ganz Geschickte diesen Anlaß zur Angeberei, indem sie Witze machen.

2

So ein geschickter Witz kann wie ein Angriff sein und zugleich ein ironischer Kniefall. Es gilt, jenes Je ne sais quoi zu entfalten, das da Charme heißt, dieses Blade-Running zwischen Selbstblößung und Spott, die nur durch Trial und Error erlernbare Kunst der Koketterie.

3

Ein Witz ist ein Tabubruch, welcher sich im Augenblick als gerinfügig herausstellt, wodurch der Schock sich im Lachen entladen kann.

Ein Beispiel: Der Schotte Macintosh ist auf einer deutschen Fete zu Gast. Er ist im Kilt. Man langweilt sich. Da tritt Macintosh ganz nahe an die Königin der Nacht heran und flüstert: Es wird Zeit, daß mal ein Mann den Rock fallen läßt.

4

Vielleicht kein sehr guter Scherz. Er ist parallel zu dem Werbegag konstruiert, womit Macintosh, der neue Personal

Computer von Apple, dem Kunden verliebte Blicke zuwirft: »Es wurde Zeit, daß mal ein Kapitalist die Welt verändert«, heißt es über einer Reihe von Buchrücken. Zuerst fällt »Das Kapital« von Karl Marx ins Auge, später die Nachbarn Mao Tse-Tung, Engels, Lenin, Trotzki. Als Buchstütze dient der neue Macintosh, auf dem himmelblauen Monitor ein »Hallo« in Zierschrift.

5

Ein rauher Scherz, zumal in den USA, die Bibel des Bösen gleich neben den neuesten Apple zu plazieren! Aber das befreiende, der Werbung schon erliegende Lachen folgt auf dem Fuß: Ist es nicht das allerliebste Understatement, wenn die Kapitalisten so tun, als schickten sie sich erst jetzt an, die Welt zu verändern? Ist es nicht hinreißend kokett, wenn eines der erfolgreichsten High-Technology-Unternehmen sich den finsternen, vorsintflutlichen, abgenutzten Schimpfnamen »Kapitalist« anzieht? Das eben ist die Kunst der Werbung: die kleinen Flecken auf dem Image in ebensoviele Schönheitspflasterchen zu verwandeln.

(Siehe auch die sorgfältige Beachtung der Grenzen des guten Geschmacks: Stalin fehlt.)

6

Erst nachdem der kokette Schock durch den Lachkitzel aufgearbeitet ist, tritt zutage, daß — in charmanter Verpackung — die unverschämteste Angeberei vorliegt. »Apple hat den Macintosh erfunden«, heißt es unten rechts, gleich gefolgt vom Firmen-Emblem, der angebissenen Frucht vom Baum der Erkenntnis.